

# Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Verlegern 1,20 Mk., bei den Buchhandlungen 1,30 Mk., wenn die einzelne Nummer nicht mehr als 10 Pf. übersteigt. Die Expeditionskosten für die Abnehmer sind 70 Pf. monatlich, an Sonntagen von 8/7 bis 7 Uhr abends. — Preis für die Abnehmer 1,20 Mk. von 6/7—7 Uhr.

Werbungspreise: Für die 6spaltigen Corporationen oder deren Raum 20 Pf., für Briefe in Merseburg und Umgebung 10 Pf. Für persöhnliche und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Kompletter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Recitamen außerhalb des Interessensbereichs 40 Pf. — Samtliche Annoncen-Bureau nehmen Inserate entgegen. Belagen nach Uebereinkunft.

## Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)  
Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 18.

Dienstag, den 22. Januar 1907.

147. Jahrgang.

### Wahl für den Reichstag.

Die Wahl der Mitglieder des deutschen Reichstages findet am Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Dezember 1906 am 25. Januar 1907 statt.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Stadt Merseburg ist in 6 Wahlbezirke eingeteilt worden. Die Wahlbezirke, die Wahlvorsteher, deren Stellvertreter und die Wahllokale sind aus der nachstehenden Aufzählung ersichtlich. Die nach den Wahlbezirken aufgestellten Wählerlisten haben in der gesetzlich bestimmten Zeit öffentlich ausgelegen und sind nach Ablauf der festgesetzten Frist abgeschlossen worden. Zur Stimmausgabe werden nur diejenigen Personen zugelassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind. Wir laden die Wähler ein, an dem angegebenen Wahltag und während der für die Wahl bestimmten Stunden sich in dem Wahllokale ihres Wahlbezirks einzufinden, um ihr Wahlrecht auszuüben. Unregelmäßigkeiten vorzubeugen und die Wähler in ihrem Wahlrecht möglichst zu sichern, bemerken wir folgendes:

Jeder darf nur in demjenigen Wahlbezirke wählen, in welchem er seinen Wohnsitz hat. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, auszufüllen, sie müssen von weißem Papier und 9 zu 12 cm. groß, dürfen auch mit keinem anderen Kennzeichen versehen sein.

Ungültig sind nach § 19 des Wahlgesetzes:

1. Stimmzettel, welche nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder welche in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier sind;
3. Stimmzettel, welche mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht ungewisselhaft zu erkennen ist;
6. Stimmzettel, welche auf eine nicht wählbare Person lauten;
7. Stimmzettel, welche eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme, in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind unglültig.

Durch Vereinstellung eines nur durch das Wahllokal betretbaren und unmittelsbar mit ihm verbundenen Nebenraumes wird Vororge dafür getroffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeschadet in einen Umschlag zu legen vermag. Er nimmt zu diesem Zwecke von einer durch den Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum aufzustellenden Person einen abgestempelten Umschlag an sich, begibt sich sodann in den Nebenraum, wo er seinen Stimmzettel unbeschadet

in den Umschlag steckt, tritt an den Vorstand, nennt seinen Namen sowie auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, so bald der Protokollführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der ihn sofort unerschütet in die Wahlurne legt.

Wähler, welche durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Stimmzettel, welche die Wähler nicht in dem abgestempelten Umschlag, oder welche sie in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, welche sich nicht in den Nebenraum begeben haben.

Wählbar zum Mitgliede des Reichstages ist jeder Wahlberechtigte, der einem zum Deutschen Reiche gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört.

Während der Wahlhandlung dürfen in dem Wahllokale weder Beratungen stattfinden noch Ansprachen gehalten noch Beschlüsse gefaßt noch Stimmzettel aufgelegt oder verteilt werden. Merseburg, den 9. Januar 1907.

Der Magistrat. (52)

### Nachweisung

der Bezirke, Lokale und Vorsteher für die 1907 in Merseburg stattfindende Wahl zum deutschen Reichstage.

**I. Wahlbezirk:** Apothekerstraße, Brauhausstraße, Brauhof, Burgstraße (obere), Burgstraße (untere), Dom, Domplatz, Dompfosten (an der), Entenplan, Gottbartsstraße incl. Halbmondsstraße, Grünestraße, Johannisstraße, Mälzestraße, Markt, Preußerstraße, Ritterstraße (große), Ritterstraße (kleine), Schulstraße, Stadtkirche (an der). Wahllokal: Rathaus.

Wahlvorsteher: Bezirksordner Jendner. Stellvertreter: Apothekenbesitzer Kunde.

**II. Wahlbezirk:** Ammerstraße, Bismarckstraße, Gohlzauerstraße, Eisenbahnstraße, Friedrichstraße incl. verlängerter Friedrichstraße, Hallestraße incl. Chausseehaus, Kaufhäuserstraße, Lindenstraße, Rutenstraße, Wolkestraße, Nordstraße, Parkstraße, Peter Wilkenrain, Steinstraße, Thiermstraße incl. Verbindungsstraße, Wilhelmstraße. Wahllokal: Kaiser Wilhelmshalle.

Wahlvorsteher: Banddirektor Thiele. Stellvertreter: Feuerlöschleiters-Insp. Vorsteher.

**III. Wahlbezirk:** Altenburg (obere), Altenburg (untere), Altenburger Schulplatz, Christianenstraße, Georgstraße, Hälterstraße, Karlstraße, Klauentor (vor dem, incl. Bahnhöfen), Mählberg, Poststraße, Rosental, Schreiberstraße, Sinnerstraße, Stufenstraße, Weinberg, Weiße Mauer, Winkel. Wahllokal: Livoli.

Wahlvorsteher: Lehrer Grempler. Stellvertreter: Kunst- und Handlungsgärtner Richter.

**IV. Wahlbezirk:** Bahnhöf (am), Bahnhöfstraße, Dammstraße, Gartenstraße, Geisel (an der), Gottbardsdörfer (vor dem), Guttenbergstraße, Hirschenstraße, Kreuzstraße, Kurze Straße, Margaretenstraße, Marienstraße, Mählstraße, Mohrmarkt, Saalfraße, Sand, Schmalkstraße, Seltendöbel, Siglberg, Teichstraße, Wagnerstraße.

Wahllokal: Herzog Christian.

Wahlvorsteher: Stadtrat Platenburg.

Stellvertreter: Maurermeister Günther jr.

**V. Wahlbezirk:** Blumenthalstraße, Breitestraße (obere), Breitestraße (untere), Leinestraße, Raumburgerstraße (alte und neue), Moonstraße, Siglstraße (große), Siglstraße (kleine), Siglort (vor dem), Vorwerk, Weihenfeldestraße incl. Chausseehaus.

Wahllokal: Hüttinger Hof.

Wahlvorsteher: Rentier Heyne.

Stellvertreter: Generalinspektor Herbers.

**VI. Wahlbezirk:** Amthäuser, Brühl, Fischerstraße, Güterstraße, Kirchstraße, Krautstraße, Neuschauerstraße, Milchsäfel, Neumarkt, Neumarkt (am), Oelgrube, Tiefer Keller, Werderstraße mit Schleife, Windberg.

Wahllokal: Auggaten.

Wahlvorsteher: Stadtrat Barth.

Stellvertreter: Stadtrat Kops.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

An Stelle des Schöppen Jurge in Baldis ernenne ich hiermit den Schöppen Karl Vohle datelb't zum Wahlvorsteherstellvertreter für Bezirk 28.

Merseburg, den 19. Januar 1907.

Der Königliche Landrat.

Graf v. Hausdoville.

### Der Festabend des kolonialpolitischen Aktionskomitees.

• Berlin, 19. Januar.

Bei dem heute im Palasthotel von dem kolonialpolitischen Aktionskomitee veranstalteten, von zahlreichen Vertretern der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Technik aus ganz Deutschland besuchten Essen hielt der Reichstagskämpfer Jüst Jälö folgende Ansprache:

„Meine Herren! Der Anregung, unter Ihnen zu erscheinen, bin ich geneigt und dankbar gefolgt. Ich besinne mich hier unter Vertretern der Wissenschaft, der schönen Künste, in einem Kreise hoher Bildung und hohen Strebens. Sie alle kennen das Goethe'sche Wort: „Was ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages“.

Sie, die geistigen Führer der Nation, haben es als eine Forderung des Tages erkannt, ausfallend mitzuwirken an dem politischen Gescheh der Nation, und Sie wollen hören, was einer der obersten Beamten des Reiches am Vorabend des Tages noch zu sagen hat, der über die künftige Zusammensetzung des deutschen Parlamentes entschieden soll. Der Streit zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit von Zentrum und Sozialdemokraten im Reichstage ist ausgebrochen bei einer Frage, bei der es sich um die Verbindung des Krieges in Südwestafrika, überhaupt um das Maß von Einsicht und Energie bei unseren kolonialpolitischen Bestrebungen handelte. Ich bin froh, sagen zu können, daß an der Spitze der Kolonialabteilung jetzt eine außergewöhnlich tüchtige und umsichtige Kraft tätig ist. Es ist Herr Dernburg in kurzer Zeit gelungen, das erschlaffte Vertrauen in die Verwaltung unserer Kolonien neu zu beleben. Ich hege die Zuversicht, daß mit ähem Fleiß aus unseren Kolonien ein Beitrag zu machen ist, der die dafür gebrauchten Opfer reichlich lohnen, für unseren Wohlstand und für die Erhaltung unserer Volkstümlichkeit von großer Nutzen sein wird, und den keiner unserer Söhne und

Enkel mehr wissen möchte. Die Kolonien sind nicht nur ein Pfeilstück für unsere nationale Lastrast, sie können auch ein Bindemittel sein für unsere in ein Duzend Fraktionen gesplante politische Betätigung im Innern.

Zu ihrer Entwicklung ist die Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste erforderlich, und es ist hoffentlich nicht zu optimistisch, wenn ich es als einen gewissen Wendepunkt in unserem Parteileben betrachte, daß am 13. Dezember im Reichstage konservative und liberale Parteien mit den verbündeten Regierungen zusammenfingen. Ich möchte, daß diese Verständigung vorbildlich wirkte für die Behandlung anderer großer nationaler Fragen und daß so von dem überseeischen Besitz ein glänzender Einfluß ausginge zur Mäßigung der Parteigegegnisse namentlich gegenüber dem Auslande. In München und Berlin der Zentrumspartei heißt es jetzt, ich hätte nach einem Vorwande für die Auflösung gesucht. Das Zentrum hätte so gut wie alles bewilligt, die Auflösung sei unnötig gewesen. Nun, meine Herren, hat das Zentrum nicht schon im Frühjahr 1906 — ich sehe ganz von der Verweigerung des Reichsfinanzkomitees ab — die Forderung des Bahnbauwes im Kriegsgebiete zu Falle gebracht? Hat nicht dieser Beschluß dem Reiche viele Millionen gekostet? Denn die hohen Kriegskosten sind zu mehr als einem Drittel durch die außerordentliche Schwierigkeit des Transportes verursacht worden. Hat nicht das Zentrum vor fünf Wochen gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung zwingen wollen, die Truppenstärke auf dem Reichsgauplatz vor völliger Einstellung der Operationen von einem bestimmten Termine ab auf 2500 Mann herunter zu setzen? In der Frage, wieviel Truppen zur Verbesserung des Aufstandes und zur Pazifizierung der Kolonien nötig waren, konnte ich mich nur nach dem Urteil der Truppenführer und des Generalstabes richten. Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen an es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel. blieb die Mehrheit auf ihrem Standpunkt stehen, so mußten wir an das Volk appellieren. Man hat vielfach den Standpunkt der Mehrheit damit motivieren wollen, daß dann der Reichstag der Truppenleitung und den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit mit tragen helfe und daß er, wenn nötig, die Truppenzahl wieder heraufsetzen könne. Ja, meine Herren, das heißt Hofkriegsstat spielen. Einen solchen Eingriff in die Kriegsführung, einer solchen Ermattung aller feindlichen Elemente der Welt durften und konnten die verbündeten Regierungen sich nicht unterwerfen.

Man hat mir auch das in der Hitze der Debatte gesprochene Wort vorgeworfen, daß nicht die Parteien, sondern die Regierung die Verantwortung trüge für die Sicherheit und das Ansehen des Landes. Meine Herren! Ich halte dieses Wort bei ruhigem Blut vollständig aufrecht. Verantwortlich ist zunächst eine persönliche Sache. Mögen sich nun auch Parteien für ihr Verhalten moralisch verantwortlich fühlen — und je mehr, desto besser — so ist doch die Regierung keine Partei; ihre Verantwortlichkeit reicht viel weiter. Sie hat, insbesondere nach außen, alle Parteien zu vertreten und sie trägt allein die moralische und politische Verantwortlichkeit in großen nationalen Fragen. Das ist auf so in rein

parlamentarisch regierten Ländern. Wenn da die Mehrheit der Regierung die Verantwortung für Wehrbeschlüsse nicht tragen will, so läßt sie da Parlament auf oder sie tritt ab. In dem Anpuck der Zentrumspartei, den verbündeten Regierungen, ebenso wie der Abweisung einer Tat der Verantwortlichkeit abzusprechen, sehe ich einen Fehler in der Verfassung, noch in dem tatsächlichen Schwanden der Wehrbildung im Reichstage begründeten Ausfluß des Machtgefühls einer Fraktion. Was würden Sie, meine Herren, von einem Reichskanzler sagen, der, wenn es schief geht, oder eine Katastrophe eintritt, Dedung suchen will hinter den Parteien? In der Regel sind die Parteien umgekehrt geneigt, nach kritischen Einschätzungen die Verantwortlichkeit von sich ab- und die Schuld auf die Regierung zu wälzen. Ich erinnere an die Aufhebung des § 2 des Festungsgesetzes, wo Parteien, die vorher für die Aufhebung eingetreten waren, hinterher die Regierung scharf kritisierten. Ich glaube, daß das deutsche Volk eine solche Verantwortlichkeit zugunsten der Parteien nicht gemocht ist und nicht will.

Nun weiteten Zentrumstimmen und Sozialdemokratie in der Behauptung, daß Budgetrecht des Reichstags sei verlegt, Volkserrechte seien in Gefahr. Ich kann auch darin nur eine Androhung für den Wehrbeschluss vom 13. Dezember, eine Zerschlagung der Wähler über die Gründe der Reichstagsauflösung sehen. Die Opposition sucht das Thema probandum von einem ungewohnten nationalen auf ein von ihr willkürlich konstruiertes, konstitutionelles Gebiet hinüberzuführen. Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, die in der Verfassung gewährtesten Rechte und Befugnisse des Reichstages irgendwie einzuschränken oder zu verlegen. Sie mahnen sich aber, das ihnen zustehende Recht, bei Differenzen mit dem Reichstage an das Volk zu appellieren.

Die verbündeten Regierungen wollen weder ein absolutes, noch ein Parteiemagium. Sie treten ein für den verfassungsmäßigen Staat und für verfassungsmäßiges Recht. Sie wollen keinen Kampf gegen unsere katholischen Landesklerikale und die katholische Religion, sondern reichlichen Frieden, reichliche Zudung und volle religiöse Gleichberechtigung, volle Gewissensfreiheit, zu der ich mich immer bekannt habe, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie wollen nicht den sozialistischen Zwangs- und Zuchtstaat keine Befähigung unseres Volkes und unserer Stellung in der Welt, sondern Schutz und Schirm für Kaiser und Reich nach außen und stetigen Fortschritt aller tüchtigen nationalen Kräfte im Innern. Meine Herren, es handelte sich gar nicht um das Budgetrecht des Reichstages, es handelte sich um kein andres Volkserrecht, als um das, vertreten zu sein durch eine Mehrheit, die den verbündeten Regierungen das deutsche Asehen wahrhaftig und brave deutsche Soldaten nicht vor dem Feinde im Stiche läßt. Eine Nachfrage hat nicht die Regierung aufgeworfen, sondern das Zentrum im Reichstage mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Endlich heißt es, es geht, das persönliche Reglement zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Meine Herren, eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches auch gar nicht bestehen. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Auch bei der Auflösung des Reichstags hat er nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichskanzlers und den Vorschlag des Bundesrates gutgeheißen hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. Wir leben nicht mehr in der Zeit des Großen Kurfürsten und des Großen Königs, die von ihren Kabinette aus die Monarchie regierten. Fürst Bismarck hat es einmal für einen Akt niedriger Feigheit erklärt, wenn ein Minister seine Verantwortlichkeit decken wollte mit der Verantwortlichkeit des Königs.

Seit dem ersten Tage meiner Amtszeit haben mir diese Worte vor der Seele gestanden. Die Aufrechterhaltung der vollen Verantwortlichkeit und damit die Autorität des Reichskanzlers und in Preußen der Minister, die zwar Organe der Krone sind, aber darum doch so beugt, wie verpflichtet zu eigener Initiative, liegt im Interesse der Krone ebenso wie im Interesse des Bundes. Was zur Auflösung des Reichstages geführt hat, hat nichts mit persönlicher Reglement, nichts mit Absolutismus zu tun; nein, meine Herren, es ist vielmehr wieder einmal ein Kampf gegen den schlimmen Fraktions- und Parteigeist, der Deutschland in der Vergangenheit schon so schwere Wunden geschlagen hat, Sondergeist der Stämme, an

dem Oitonen, Saller und Stauffer zugrunde gingen, konfessioneller Sondergeist der Deutschen durch den Dreißigjährigen Krieg schiffte und es politisch und wirtschaftlich um Jahrhunderte zurückwarf, partikularistischer Sondergeist, der vor hundert Jahren das alle Reich ganz aus den Fugen trieb. Von diesem Geist in allen seinen Abarten ist noch ein böder Rest geblieben. Wie oft bekomme ich zu hören, wenn die Regierung nicht dies und das tut, so machen wir nicht mehr mit. Einerseits heißt es immer, die Regierung soll führen, andererseits will sich keiner führen lassen. Prinzip geht in Deutschland zu oft vor Gemeinfinn, Dogma vor Erkenntnis des praktischen Möglichen. Ich habe das wieder erfahren bei der Aufnahme meiner Antwort an den General v. Liebe. Je mehr ein Blatt eingeschoren ist auf irgend eine bestimmte Parteidoctrin, um so kritischer war es. Je weniger ein Blatt von Fraktionsinteressen abhängt, um so unbefangener war sein Urteil. Von rechts wurde mir entgegengehalten, daß der Brief das früher von mir selbst oft gebrauchte Wort von Heimatpolitik nicht enthält. Für die Heimatpolitik, namentlich soweit sie deutsche Landwirtschaft betrifft, glaube ich einiges getan zu haben, und ich bin stolz darauf; aber Heimatpolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze. Die Kolonien entwickeln, heißt auch Heimatpolitik treiben, da Heimat und Mutterland ein und dasselbe sind.

Von liberaler Seite wurden Zusagen vermischt, die man von mir namentlich in bezug auf Verwaltung und Schule erwartete. Nun bin ich zwar — und nicht erst jetzt gefahren oder vorgestritten — der Ansicht, daß die Vorbildung unserer Beamten und die Struktur unseres Beamtenorganismus verbesserungsfähig sind und daß wir in der geistigen und materiellen Versorgung der Schule und der Lehrer weiter fortschreiten müssen, aber das geht zumeist die Landesgesetzgebung an, wo manches unter denselben Parteien streitig und trennend ist, deren Pflicht es mir zu sein scheint, im Reiche vereint zu schlagen. Am Vorabend einer Schlacht paßt sich kein Streit unter Bundesgenossen. Dasselbe gilt auch von einem neuen politischen Programm, das man von mir verlangt hat. Programme sind Zukunftsmusik. Zur Musik gehören Musikanen. Nun legen Sie sich, meine Herren, das Orchester im Reichstage an! Wie viele Tonarten da durcheinander klingen! Mögen die Minderheitsparteien vom 13. Dezember jetzt zeigen, was sie vermögen, nicht nur an Zahl in der Kammer, sondern auch im Fühlen für Rhythmus und Harmonie.

Nächstes Ziel ist, eine Mehrheit von Konserverativen und Liberalen zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundräßig auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des deutschen Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle anderen Parteien. Ein Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht verliert, das ist die Forderung des Tages. Der dieser Ueberzeugung ist, der folge ihr nach und warte nicht auf Anerkennung und Verschreibungen für die Zukunft, sondern sei Manns genug, sich selber Geltung zu verschaffen. Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage geblieben, was es immer war: eine unberechenbare Partei.

Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen; nur eine politische Richtung ist nicht vertreten, die sozialistische. Um so auffälliger ist es, daß das Zentrum bei den Wahlen der religions- und staatsrechtlichen Partei, der Sozialdemokratie, Vorschub leistet. Wie patriotische Katholiken darüber denken, beweist der Düsseldorf Anlauf. Die deutsche Politik darf nicht zum Spiel der Interessen einer Fraktion gemacht werden, die von ihrem religiösen und konfessionellen Standpunkt aus die Sozialdemokratie bekämpfen müßte, ihr aber gleichwohl aus tatsächlichen Gründen zu Einfluß in Lebensfragen der Nation verhilft.

Die sozialdemokratische Partei hat positiv nichts geleistet. Selbst die großen sozialpolitischen Reichsgesetze sind ohne ihre Zustimmung zustande gekommen. Wo sich in ihren Reihen Neigung zur Mitarbeit an positiven Reformen zeigt, sucht sie der Despotismus, der revolutionäre Uebermut der Führer zu erklären.

Wie lange wird diese Knechtschaft von Millionen deutscher Arbeiter noch dauern? Es ist ein großes Glück, wenn endlich dieser Mann sich lockert, wenn die deutschen Arbeiter mehr und mehr einsehen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit schlecht

vertritt, weil sie selbst keine positive Arbeit leistet. Wenn namentlich die große Zahl der Mitläufer sich klar macht, daß der gegenwärtige Zustand der Ordnung, des Gesetz- und verfassungsmäßigen Vorgehens, des machenden Wohlstandes und der Fürsorge für die Armen und Bedrängten jedenfalls besser ist, als der rohe Zwang, ohne den die Verwirklichung und der Bestand kommunistischer Zukunftsentwürfe überhaupt nicht denkbar ist. Die Verfehrungen für Volkswohlstand erachte ich als staatliche Pflicht. Die Sozialreform wird hoffentlich trotz der nichts als Verbeugung schaffenden Gegnerschaft der sozialdemokratischen Partei nicht stillstehen. Meine Herren! Sie werden nicht ohne Anreiz zum Nachdenken beobachtet haben, welche Hoffnungen der Deutsche in bezug auf die ausläändischen Presse aus dem deutschen Wahlkampf schöpft. Der deutsche Kaiser und die verbündeten Regierungen sollen in diesen Wahlen einen Dornstachel erhalten; alle guten Wünsche begleiten die Sozialdemokratie und das Zentrum in den Wahlkampf. Es ist, als ob man den Rückfall des Volkes der Denker und Dichter in die früheren Zeiten politischer Freiheit und Ohnmacht für möglich hielt. Jedenfalls herrscht die Ueberzeugung, daß jeder Sieg der Opposition vom 13. Dezember die Entfaltung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes, deutschen Unternehmungswisses und deutschen Geistes hemmen und hindern werde. Solche Stimmen klingen aus Ländern und Wäldern zu uns herüber, die selbst bewunderungswürdige Beispiele von stoischem Gleichmut und heroischem Opfermut im Durchhalten großer Kolonialkriege gegeben haben. Es ist auch klar, daß in der Tat die von Auslande erhoffte Entscheidung der deutschen Wähler zugunsten der internationalen Sozialdemokratie und des Fraktionsgeistes des Zentrums eine Schädigung des Ansehens und eine Gefährdung des Friedens des deutschen Volkes bedeuten würde.

Und nun, meine Herren, will ich Ihnen auch sagen, warum es mir eine besondere Freude war, Ihrer Einladung zu folgen. Gerade Sie, die Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Denker und Forscher, Dichter und Bildner, sind am besten berufen, im Dienste der politischen Forderung des Tages dem alten deutschen Schicksal des Parteigeistes und Fraktionshaders entgegenzuwirken und den Gläubigen zu helfen, daß wir wieder bloß ein Volk von Denkern und Dichtern und Träumern wären und nicht auch eine große, friedlich strebende, in schweren Zeiten einige und tapferer Nation bleiben könnten. Mögen so wie wir, meine Herren, alle nationalen Elemente von der konservativen Richtung bis zur fortschrittlichen Linken ohne Ansehen der Religion bei den Wahlen ihre Ständesinteressen zurückstellen hinter die nationale Pflicht und Schuldigkeit.

Die Rede des Reichskanzlers fand ungeteilte Zustimmung. Fürst Bismarck wurde von häufigem Beifall umschoben, der namentlich am Schluß sehr stark war.

### Der Kapitalist Bebel.

Der Wahlkampf im Wahlkreise Stralsberg hat zu einer Verpredung der Bebel'schen Erbschaft und zu einem Briefwechsel zwischen Bebel und dem selbigenen Abg. Dr. Wlabach geführt. Da die Sozialdemokratie auch in diesem Wahlkampf abtrietet, daß verschiedene ihrer Führer selbst Kapitalisten sind, so sei hier wiedergegeben, was Bebel unterm 4. Jan. 1907 aus Schöneberg-Berlin an Reichsanwalt Wlabach über die Kollmann'sche Erbschaft wörtlich schreibt:

„Ich habe von den 395000 M., die ich erbe, 123000 M. an die Verwandten des Erblassers, soweit sie entsetzt waren, abgegeben, obgleich das Gericht zu meinem Gunsten entschieden hatte. 45000 M. gab ich an die Partei, 20000 M. an hilfsbedürftige Genossen und Bekannte usw. Auch die vielverkauften Wille ist längst mit Schaden verkauft, weil ich sie verkaufen mußte. Nebenbei bemerkt, war diese Wille ein Wertschauer.“

Bebel hat, um den Rechtsstreit nicht bis in die letzte Instanz fortzuführen, die ererbten Verwandten des Erblassers entschädigt, von dem Rest an Parteigenossen und Bekannte nach seiner Erklärung zusammen 65000 M. abgegeben, er behielt also für sich nach Abzug der Erbschaftsteuer und Anwaltskosten 167000 M. Also 65000 der Partei, 167000 M. für sich. Gegen diese Art der Teilung ist vom kapitalistischen Standpunkte aus nichts einzuwenden, vom sozialistischen aber heißt das: Die Theorie wird in der Praxis nicht umgesetzt. Wer übrigens nach dem Briefe Bebel's der Meinung sein sollte, diese Wille sei eine armenhafte Kneipe, der mag daran erinnert werden, daß dieses Vermögen zu 140000 Franken = 112000 M. Verlaufs-

prets öffentlich ausbezogen war. Selbst wenn also der Verkauf, wie Bebel sagt, Schaden gebracht hat, so bleibt doch immer noch ein hübsches Stämmchen für den Führer der „Enteerten“. Diese beiden kapitalistischen Objekte stellen also sich reich über eine Viertelmillion Mark her. Was ist und bleibt also im Sinne des Wortes: Kapitalist!

### Politische Uebersicht.

#### Deutschland.

\* Köln, 20. Januar. Abg. Koeren veröffentlicht folgende Erklärung: „Der frühere Beizitsleiter aus Togo, Herr Geo. A. Schmidt, hat jüngst eine Schrift erscheinen lassen, in der er sich die vielen Anwürfe gegen mich erlaubt, die ich in meinem neulichen „Offenen Briefe“ enthalten sind. Da die Schriftlage von mir bereits erhoben ist, wird die ganze Angelegenheit demnach vor dem deutschen ordentlichen Gericht ihre Entscheidung finden und dann wird sich zeigen, daß ich trotz des dreifachen Bestreitens und der Entstellungen über Schrift den Beweis erbringe, daß alles, was ich gegen Schmidt vorgebracht habe, auf voller Wahrheit beruht.“ Köln-Verdenhof, 18. Januar 1907. — Koeren.

#### Afrika.

\* Berlin, 19. Jan. 31 der letzten Beizratsitzung in Dar es Salaam, die unter dem Vorsitz des selbstverordeten Beizratsamanns Freiherrn v. Wähler stattfand, beschloß man sich mit einer sehr uneindeutigen Frage. Das Gouvernment ließ mitteilen, daß am 31. März die Europergebnisse zu stellen nebstbeständig. Sämtliche Mitglieder des Beizrats sprachen ihr lebhaftes Bedauern über diese Uebigkeit des Gouvernements aus. Sie sahen sofort, nachdem Herr Stevens in lebhaften Worten auf die Wichtigkeit einer eigenen Schule hingewiesen, den Beschluß, eine solche zu gründen. Ein deutscher Schulverein, der für diese Schule den notwendigen Rückhalt geben soll, wird ins Leben gerufen werden. Dieser Schulverein wird natürlich seinen Ansehen an den allgemeinen deutschen Schulverein finden. Der Reichskanzler hat ja wiederholtlich auf die Bedeutung der deutschen Schulvereine im Auslande hingewiesen, die in erster Linie dazu berufen sind, die Pflege des Deutschums im Auslande zu übernehmen. Man darf daher wohl mit Sicherheit annehmen, daß alle Verordnungen, einen deutschen Schulverein in Dar es Salaam ins Leben zu rufen, von Seiten der Regierung gefördert werden. Speziell darf man erwarten, daß das Gouvernment in Dar es Salaam ein namhaftes Beitrag zur Unterstiftung der Schule gibt.

#### Lothar.

\* Merseburg, 21. Januar.

\* Aus dem Wahlkreise Merseburg-Querfurt. Auf das zweite, von dem Syndikatsrat im Wahlkreise verordnete Zeitungblatt ist jetzt von konservativer Seite ebenfalls mittels Flugblattes gemauert worden. Es heißt da u. a.: Auf einen Punkt müssen wir noch näher eingehen! Es ist der Jawortzettel und traurige von allen! Damit hat aber auch der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt sein Urteil sich selbst gesprochen! Anstatt, daß dieser Vorstand als Antwort auf unsere Fragen erklären müßte: Wir bedauern es, daß die Berliner Parteileitung von dem mühsam zusammengebrachten Arbeitergroßen viele Tausende nach Paris zur Unterstiftung einer Zeitung geschickt hat, wir bedauern es, daß man von unseren Spargeldern bedeutende Summen nach Ausland geschickt hat, um die Revolution, Brand, Raub und Mord zu unterstützen und zu verheerlichen — spricht dieser Vorstand das fürchterliche Wort aus: Wir sind stolz darauf, daß dies geschieht ist — Das müssen wir festhalten! Hört es ihr Arbeiter, hört es ihr Reichsgläubigen, verhöret die Mitläufer einer verblendeten Parteileitung! Man rühmt sich dessen, mit Eurem Gelde Brand, Mord und Raub künftig unterstützen zu haben! Wohl zu merken: Es handelt sich nicht um eine Unterstiftung Geschädigter, sondern der Revolution in ihrer fürchterlichsten Art! Ob es im Ausland oder im Inland geschieht, die Schandtat für Deutsche bleibt dieselbe! Man mag über die russische Mißwirtschaft denken wie man will, und wir verurteilen sie auch. Jeder Deutsche, der aber direkt oder indirekt es befördert, daß in Ausland zahllose, unschuldige Beamte, Minister, Offiziere, Gutsherrn, Geistliche und Polizisten hinterlistig ermordet werden, macht sich deselben Verbrechens schuldig. Die deutsche Sozialdemokratie hat dies getan und dort eifrig Eulins Feuer gegossen! Was haben wir aber zu erwarten, wenn dieselbe Parteileitung den

Zug für die gepöbelte Revolution, beginnen mit einem Generalstreik, für Deutschland gekommen glaubt? Wenn Siebel antwortet: „Ich sage Ihnen, an dem Tage, an dem Siebel sagt, bin ich in der ersten Reihe!“ Wir Patrioten fürchten uns nicht; aber wir möchten doch alles tun, um unser liebes deutsches Vaterland vor solcher Schreckenszeit zu bewahren! Wähler! Wer einen Freund, wer einen Verwandten hat, welcher der Sozialdemokratie zugehört — er warte den Vortrefflichen inständig, sich bei der Wahl nicht zum Nachläufer einer blutschändlichen Parteileitung zu machen. Er mag — wenn er nicht anders kann — seine Beiträge weiter zahlen, aber vor jeder sozialdemokratischen Revolutions-Wahlzettel schreie er zurück! Es ist ja geheime Wahl. Wir wollen eine gesunde, gerechte Parteienbildung in unserem deutschen Vaterland; daß jedem, auch dem geringsten, sein Recht wird; aber daß dabei Feinden nur Dornen herbeibringt! Also nicht bei der Wahl, sondern kommt und gibt Eure Stimme Mann für Mann ab wie Herrn Landrat a. D. Wandler, einen echten deutschen Mann, der Eures Vertrauenswürdig ist!

**Ordensverleihungen.** Anlässlich der gefrigen Frier des Königs- und Ordensfestes wurden an nachstehende Herren Ordensauszeichnungen verliehen: Regierungsrat Dr. Schumka und Regierungs- und Gewerbetar S. C. L. S. erhielten den Roten Adler-Orden 4. Klasse, General-Inspektor Herr bez. dem Kronen-Orden 4. Klasse im Gemeindegewerbe P. H. in Marzahn das Allgemeine Ehrenzeichen.

**Die Saale** ist infolge der anhaltend nassen Witterung erheblich gestiegen, jedoch noch nicht über die Ufer getreten.

**Die Kolonialfrage** hielt vorgestern abend in der „Nachkone“ eine gut besuchte Versammlung ab, welche mit einigen bezüglichen Worten des Herrn General-Konmissions-Präsidenten v. Behr eröffnet wurde, der darauf hinwies, daß man es noch vor 20 Jahren für unmöglich gehalten haben würde, Deutschland könne wegen der Frage der Kolonien in so langer Zeit in zwei feindliche Lager gespalten werden. Es sei erforderlich, daß die Frage heute das Interesse und die Teilnahme der weitesten Volksschicht in Anspruch nähme, was nicht zuletzt auf die Verwirklichung des kaiserlichen Programms sei. Wodurch schloß mit dem damaligen Hoch auf seine Majestät, in das die Anwesenden dreimal lebhaft einstimmten. — Anmehrer ergriff Frau v. Edenbrecher das Wort zu ihrem Vortrage: „Eine deutsche Frau im Kameraland“. Die Dame führte zunächst aus, daß im Norden unserer südwestafrikanischen Kolonie ein Volkstamm angelesen sei, der sich nicht unterwerfen wolle: Die Oomboos. Die Hereros seien der Anführer, die in den Sitten stünden uns die Hottentotten gegenüber, die nicht mehr viel wert seien. Dann seien noch zu nennen die Berg-Damaras, die an sich weniger gefährlich, sich doch schließlich im Zustand bereit hätten. Man könne diese Leute im Laufe der Zeit auf unsere Seite bringen, es sei allerdings der Bau von Eisenbahnen und eine größere Flotte. Wenn wir diese beiden erst hätten, würden die Kolonien dem Mutterlande reichlichen Lohn bringen. Bis hier habe der Bericht des Landes vorwiegend in großen Rindherden bestanden. Wasser gäbe es genug, nur hätten die Eingeborenen überall die Wälder abgeholzt, so daß es dadurch verloren gegangen sei; aber Grundwasser sei reichlich vorhanden. Die Mineral-Sägen sei das Land überaus reich. Einen Maßstab der Beurteilung könne man anlegen, wenn man berücksichtige, daß sich nördwärts die Engländer drängten, sich in Südwest-Afrika anzusetzen. Die Dame schilderte nun, wie sie mit ihrem Gatten im Jahre 1901 nach Afrika ausgewandert sei, um sich in Damara-Land eine kleine Farm zu kaufen. Die Fahrt bis Swakopmund habe fünf Wochen gedauert, heute dauere sie nicht mehr so lang. Die Mole am Hafen sei verlassen, selbst die Bagger hätten einen schmerzlichen Stand, schwere Kosten seien erfolglos vorausgeschickt worden, die Walfisch-Bai sei etwa 20 Minuten entfernt befände sich aber im Besitz der Engländer. Von da aus seien Vertreter und Warranten, in Konventionen verpackt, i. S. die Hereros über die Grenze geschmuggelt worden. Eine Eisenbahn führe allerdings von Swakopmund bis Windhof, aber wos für eine! 60 cm Spurweite und so langsam fahrend, daß man zu Fuß schneller fortkomme. Die deutschen Soldaten hätten sich denn auch den Spieß gemacht, die Wagen stießen zu helfen. Von Windhof seien sie — Familie v. Edenbrecher — weiter gezogen nach Karibib, das man den Schutz- und Abgabepfad für deutsche Industrie-Produkte nenne.

Der Transport ins Innere des Landes Windom ohne Weg und Steg, sei außerordentlich beschwerlich und gefährlich durch Hungergepöppe. Die Dame schilderte nun, wie sie sich ihr Haus gebaut und so behaglich als möglich eingerichtet hätten, wie plötzlich der Ausfall ansbrach und wie sie nur mit ganzer Mut ihr Leben gerettet habe. Viele Male und mit dem Tode bedroht glückte es dann endlich dem Ehepaar, Europa wieder zu erreichen, das sie aber bald wieder zu verlassen geblieben, um in ihre neue, ihnen lieb gewordene Heimat „Südwest“ zurückzukehren. — An den von einem feinen Humor durchzogenen Vortrag schloß sich dann die Vorführung von Bildern, welche Frau v. Edenbrecher mit Geduld und Begleitung, welche hochinteressante und sehr belebte Streifereien auf Land und Leute in Südwest fallen ließen. — Reicher Beifall lohnte sowohl den Vortrag als auch die Vorführung der Bilder.

**Steuererklärungen für 1907.** Auf den neuen Steuererklärungsformularen befindet sich dieser Vermerk (Seite 1): „In dem angegebenen Einkommen ist einbezogen ein im Kalenderjahr 1906 empfangener Gewinnanteil aus der in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft, mit beschränkter Haftung (Zins, Zins) von . . . M.“ Dieser Vermerk hat im Publikum zu unrichtigen Auffassungen Veranlassung gegeben, insbesondere hat man geglaubt, es sei damit gemeint, die Mitglieder von Konsumvereinen müßten die erhaltene Mitbeteiligung besonders angeben. Darauf bezieht sich jedoch der Vermerk keineswegs. Es verhält sich damit folgendermaßen. Nicht dem neuen Einkommenrichtmaß sind auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den Kreis der steuerpflichtigen Personen aufgenommen worden. Zur Vermeidung einer doppelten Besteuerung einerseits der Gesellschaft, andererseits ihrer Mitglieder, ist im § 71 des Gesetzes bestimmt, daß bei den Gesellschaften einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung beizugehört Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben wird, der auf dem Einkommen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung entfällt. Das ist aber nur dann der Fall, wenn der Steuerpflichtige eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihm empfangenen Gesellschaftsanteil besonders bezeichnet hat. Nur Mitbeteiligungen (Mitgliedern) von Mitgliedern von Konsumvereinen oder einerartigen Genossenschaften mit beschränkter Haftung bezieht sich der Vermerk in der Steuererklärung überhaupt nicht.

**Gelebte Stellen für Militärväter im Bezirke des IV. Armee-Korps.** 1. April 1907, Wernburg (Reg. Bez. Merseburg), königl. Militärväter-Beiratsamt, Wernburg, Bewerber der darf sich vor dem streitenden, die Krankverursachen, nicht scheuen; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; Anfangsgehalt 800 M., steigend bis 1100 M. jährlich, nicht freier Dienstwohnung mit Feuerung und Beleuchtung in pensionsfähiger Wohnung von 198 M., außerdem freie Dienstbekleidung, deren Wert indes nicht pensionsfähig ist, das Gehalt steigt alle Jahre um 50 M., so daß nach 21 Dienstjahren 1100 M. erreicht sind; esfordert sich, daß die Frau des Bewerbers sich auch zum Krankenwärterdienst und der damit verbundenen Zeitverluste, falls die Frau keinen Ansprüchen in jeder Weise genügt, kann ihr die Stelle einer Krankenwärterin gegen einen täglichen Lohn von 1,50 M. übertragen werden, Vorkursungen nach dem zweiten und dritten Dienstjahre je 10 M. pro Tag; dem Gesuche sind beizufügen: Zivilstandsbescheinigung, die Militärpensions-Bezugsberechnung, sonstige Ausweise über Lebens- und Dienstverhältnisse während der Zeit nach dem Auscheiden aus dem aktiven Militärdienst und eine Erklärung über Schuldentfreiheit. — 1. März 1907: Schmöllin, S.-M., Eintr., Expedient; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 1000 M. Anfangsgehalt, das Gehalt steigt alle drei Jahre um 100 M., bis zum Höchstgehalt von 1800 M. — Sofort: Thale, Amtsverwalter, Vollzeitsgeant; Bewerber darf nicht unter 1,70 m groß und nicht über 35 Jahre alt sein; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 850 M. Gehalt, das Gehalt steigt von drei zu drei Jahren um je 75 M., bis zum Höchstgehalte von 1225 M. eintritt, 50 M. Geldbezug und 125 M. pensionsfähiger Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort: Zeitz, königl. Provinzial-Inspektionskollegium in Magdeburg, Schuldiener am Reg. Sitzungsraum in Zeitz; Bewerber muß verwitwet und bereit sein, sich auf Aufforderung persönlich in Zeitz vorzustellen; Probezeit sechs Monate; auf Kündigung; Anfangsgehalt 900 M., freie Dienstwohnung und 200 bis 250 M. Nebenentnahmen für Material mit einem bestimmter Prozentsatz vom Gehalt in Bezug gebracht, das Gehalt steigt alle drei Jahre um 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1200 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt; Meldungen sind an die Direktion des Gymnasiums in Zeitz zu richten.

**Provinz und Umgegend.**

**Börsen.** 21. Januar. Eine von den Wählern aus Börsen und der Umgegend sehr zahlreich besuchte Versammlung hielt der patriotische Verein für den Kreis Merseburg vorgeten, Sonnabend, Abend im Teige'schen Gasthause ab. Nach der einleitenden Begrüßungsansprache durch den Versammlungsleiter Herrn Pastor F e i n d e nahm zu

seinem angelegentlichem Vortrage das Wort Herr Seminarlehrer M e i n a t aus Merseburg. In markigen, einen fremdbildigen Patriotismus befeindenden Worten schilderte die zurück die Entwicklung Preußens und des Deutschen Reiches. Sodann behandelte Redner in eingehenden und von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen die wichtigsten nationalen Fragen, die zur Auflösung des Reichstages geführt haben. Besonders interessant waren die Darlegungen des in den Ostmarken aufgewachsenen Vortragsredners über die Verhältnisse der nationalen Parteien zu den Sozialdemokraten, Polen, Welfen und dem Zentrum. Seine packende, wiederholt vom Beifall unterbrochene Rede erstreckte sich weiterhin auf internationale Beziehungen und sich vollkommen mit den Schilderungen von Kennern dieser Verhältnisse deckend. In seinem Schlußwort forderte er auf, alle Parteiverhältnisse fallen zu lassen und als Lotharwort hochzuhalten: Das Vaterland über alles. Reicher, anhaltender Beifall lohnte den vortrefflichen und für viele Anwesende höchst lehrreichen Vortrag. — Hierauf nahm nochmals der Vorsitzende der Versammlung Herr Pastor F e i n d e das Wort. In längerer Darlegung erläuterte er die Tätigkeit des bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Landrat a. D. Wandler in Anlehnung an dessen kürzlich in Merseburg gehaltenen Vortrage, eingehend schilderte er die Verhältnisse und die Stellung der deutschen Arbeiter und die von den nationalen Parteien geschaffene geistliche Färbung für dieselben. Sehr interessant war in die vom Redner angelegentlichsten, auf die Lösung der Parteiverhältnisse gerichteten Ausführungen unseres bisherigen Abgeordneten, der in reicher Arbeitstätigkeit bemüht habe, daß er die von seinen Wählern auf ihn gesetzten Hoffnungen nach besten Kräften erfüllt hat. In trefflichen Worten beleuchtete Herr Pastor F e i n d e noch die augenblickliche Lage unserer Kolonien und die Aussichten, die uns diese bieten. — Hierauf ergriff das Wort Herr Dr. D i e d r i c h s o n n e. Seine von der Versammlung mit großer Zerstreuung verfolgten Ausführungen basierten auf den reichen Erfahrungen, die er auf seinen vierjährigen und langen Reisen im Auslande gesammelt hat und führten zu dem Appell an die Anwesenden, am Wahlstage die Stimmen zu vereinigen auf den Kandidaten der vereinigten konservativen und nationalliberalen Parteien Herrn Landrat a. D. Wandler, der durch unermüdeten Arbeit sich des Vertrauens der Kreiswählerinnen würdig gezeigt und in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter bei der Kanalarbittung das nötige Material bewiesen habe. Die allgemeine Zustimmung der Versammlung konstatierte der Versammlungsleiter mit der hochmoralischen Mahnung, am 25. Januar geschlossen einzutreten für den bisherigen Abgeordneten unserer Wahlkreise Herrn Landrat a. D. Wandler. Mit einem begeistert aufgenommenen Rufe hoch schloß die glanzvolle verlausene Versammlung.

**Bölling.** 18. Jan. Die Nachfrage nach Feuerungsmaterial war in den letzten Monaten eine recht lebhafte, wobei nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten. Ritterstößer'scher Goodrich hier hat daher einen Versuch unternommen, ob auch die in seiner Feuerungsanlage benutzene Kohle sich zur Verfeuerungsfähigkeit eigne. Das Ergebnis soll allabendlich ausgefallen sein, jedoch können die Angaben nach der Genannte beabsichtigt, Versteipfen einzutreten zu lassen. — Die Verfeuerung der Erde „Hermine“ Genannte 2 hat bei der Versuchsanlage demnach, die „Kunstfunde“ nicht einzuführen; dem Antrage ist stattgegeben worden und von heute an die Neuerung in Kraft getreten.

**Halle.** 18. Jan. Im Diskonkurrenzhaus stand der vier Jahre alte Franz Schulz aus Rütten in Folge von Brandwunden, die er beim Spielen mit Stroh, das sich im Stall aus unbekannter Ursache entzündete, erlitten hat.

**Torgau.** 18. Januar. Die unüberlegte Minna Klaus im benachbarten Rosenfeld verließ sich am Mittwochabend in die Wohnung des Postkutschens dort, Einlaß und brachte dem Benannten mittels eines großen Feuerschiffers erhebliche Verletzungen im Gesicht bei. Es gelang D. die Angreiferin zu überwältigen und sich in Sicherheit zu bringen. Der Verletzte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

**Gerichtszeitung.**

**Hannover.** 17. Januar. Der Dachdecker Karl Schindl aus Luerfeld war wegen Verleitung und wissenschaftlicher Anschuldigung des Stadtmagisters Dill vor der Strafkammer angeklagt. Im Februar 1905 wurde die Schwiegermutter Schmidt in Luerfeld begraben, und dieses Begräbnis erregte infolgedessen etwas Aufsehen, als Schmidt

hinter dem Sarge, der von keinem Geleiteten begleitet wurde, ging und einen Kranz trug, der oben und unten feuerrote Baretts zeigte und der auch an den Handgelenken mit roten Baretts versehen gewesen sein soll. Erna merzden Tage nach der Beerdigung war auf Veranlassung der Friedhofverwaltung dieser Kranz entfernt worden, aber erst ein Jahr später erfuhr dies Schmidt. Er beschwerte sich zunächst über diese Maßregel, und dabei wurde ihm bekannt, daß der Stadtmagister Dill in einem Bericht den Kranz als mit roten Schleife versehen bezeichnet habe. Nun beschuldigte Schmidt in einer Eingabe an die hiesige Staatsanwaltschaft den Stadtmagister der Verletzung einer wissenschaftlich falschen dienstlichen Meldung, da der Kranz mit feuerrot roten Schleifen versehen gewesen sei und nur die zwei Baretts roter Blumen getragen habe. Durch seine weiteren Ausführungen sollte er Dill noch beleidigt haben. Die umfangreiche Vernehmung endete mit der Beurteilung wegen einfacher Verleitung zu drei Wochen Gefängnis.

**Kleines Feuilleton.**

**Das Glück der Bank von Monte Carlo.** Aus Monte Carlo kommen Nachrichten, aus denen ersichtlich ist, daß trotz der vorgeschrittenen Saison der Besuch nicht auf der Höhe der früheren Jahre steht. Die Spielställe sind direkt leer. Trotz der werten Spieler hat die Bank ein fabelhaftes Glück. So kam am 13. an einem Rouletteisch dreizehnmal hintereinander die Zahl 13, ohne daß sie ein einziges Mal besetzt war, und beim Trente-et-Quarante schloß achtzehnmal hintereinander rot für die Bank. Bei einem größeren Besuch bei dem sich die Sätze mehr verteilt hätten; hätten dazwischen Zwischenfälle der Bank recht teuer zu stehen kommen können.

**Letzte Nachrichten.**

**London.** 19. Jan. King's Cross wird gemeldet: Ein Lotte erklärte, daß ein Teil von Port Royal am Hafengebiet und die frühere Florentiner Station sei; 25 Fuß unter Wasser liegen. Viele Hausfundamente verankert sechs Fuß tiefe. Die Sondierungen ergeben, daß der Boden des Hafens und seiner Eingänge sehr verändert ist. Das Leuchtfeuer auf Plum Point und der alte Kirchhof sind verschunden. Zwei neue, 0,2 Meilen östlich im Augustusport an der gegenüberliegenden Seite verankert in der Erde. Anderen Bericht zufolge verankert nur die Hälfte von Port Royal. Der Rest liegt in Trümmern. Bei der Apollon-Barriere sank das Land ab fünf Fuß. In den Straßen sprangen kleine Spurendecken. Die Katastrophe ist viel größer als die von San Francisco und Valparaiso.

**Das Krönungs- und Ordensfest in Berlin.**

**Berlin.** 20. Jan. Die Frier des vollstimmlichen der Hoffstelle, des Krönungs- und Ordensfestes, im königlichen Schloffe begann heute vormittag bald nach 9 Uhr in gewohnter Weise. Die neu zu beauftragten Personen verammelten sich in der ersten braunschwarzen Kammer, und von 10 Uhr ab ging in der zweiten braunschwarzen Kammer die Ordensverteilung vor sich. Inzwischen begann die Anfuhr der zur Cour und zum Gottesdienste geladenen Herrschaften; Schaulustige hatten sich an Laibzügen und hinter den Linden — bei hüpfen, aufstrebendem Weier — genug eingeblenden. Der Kaiser begab sich mit dem Kaiserin in gegen 11 1/2 Uhr zunächst nach dem Ritteraal zur Abnahme der Cour und sodann in die Schloßkapelle. Hier begann der feierliche Gottesdienst mit dem Gesang der Gemeinde „Großer Gott, wir loben dich!“ Nach der Liturgie predigte Hof- und Kommodore Krüger über 1. Petri 4. Vers 6. „Der Gottesdienst selber“ von Gemeinde und Chor gelungen, von den Bläsern begleitet. Nachdem die Majestäten eine Huldigung im Marzofa verwirft hatten, währndessen die letzte Hand an die Ordnung der Tafeln gelegt wurde, begaben sie sich gegen 2 Uhr in einem Saal, der das gewünschte punkthelle Bild bot: die großen, goldenen Auffüge, welche Wännen in dunkler Fülle, strahlende Weißleuchten, die sich mit dem vom Laibzügen und der Salzfischen ein allenden Tagessicht mitteilte. In der Hauptrolle waren, wie üblich, auch eine Reihe von Inhabern des Allgemeynen Ehrenzeichens und der Rettungsmedaille placiert worden. Im Verlauf des Mahles erob sich der Kaiser und trank „auf das Wohl der neu ernannten Ritter und der früheren“. Die Musik spielte den Fürstlichen Marsch. Nach der Tafel bielten die Majestäten Caele und erstreckten viele der neuen Ritter durch Ansprachen.

**Personalmittel.** Der Militärväter-Beirat ist zum Regierungssekretär ernannt worden.

